



Interviews

30. April 2024

Moritz Küpper im Gespräch mit Norbert Walter-Borjans

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun ebenfalls in Berlin Norbert Walter-Borjans. Er hat die SPD als Bundesvorsitzender zusammen mit Saskia Esken in diese Ampel-Koalition geführt. Einst war er lange Jahre Finanzminister im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen. – Einen guten Morgen.

Norbert Walter-Borjans: Guten Morgen, Herr Küpper

Küpper: Herr Walter-Borjans, geht es nur mit der Notlage?

Walter-Borjans: Ich glaube jedenfalls, dass es nicht mit dieser Festlegung geht, die sich Christian Lindner immer als Etikett auf die Stirn klebt, dass er die Steuern besonders im oberen Einkommensbereich senken will und mit dem Begriff der Schuldenfreiheit wirbt, weil diese Schuldenfreiheit – das zeigt gerade auch der Bericht von Herrn Capellan – ist am Ende auch Verzicht auf Sicherheit und Verzicht auf Zukunft. Und wir sollten immer wieder auch deutlich machen, es heißt ja immer, man kann mit der Notlage die Schuldenbremse umgehen. Nee, die wird nicht umgangen; die Notlage ist Teil der Formulierung im Grundgesetz. Das ist die Anwendung der Schuldenbremse. Und wenn ich in einer Situation bin wie im Augenblick, ja, dann muss ich auch sagen, dass Zukunft dadurch gewonnen wird, dass man die Ausgaben, die man hat, auf Investitionen bezieht, auf Sicherheit bezieht und damit nicht nur Lasten in die Zukunft verschiebt, sondern auch Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg in die Zukunft verschiebt. Insofern ist das im Saldo am Ende für alle auch ein Gewinn.

Küpper: Aber warum hat der Bundeskanzler Olaf Scholz das nicht direkt so gesagt, weil der Ukraine-Krieg läuft beispielsweise schon länger?

Walter-Borjans: Erst mal, weil es einen erheblichen Druck über zum Beispiel diese Formulierungen auch gibt. Wir reden immer davon, wir müssen sparen. Das ist ein toller Begriff. Das mache ich auch gerne.

Küpper: Aber ist das nicht auch verantwortungsvoll gegenüber kommenden Generationen?

Walter-Borjans: Ja, Sparen schon, aber wir reden hier nicht vom Sparen; wir reden hier von Einschnitten und Kürzen und wir reden vom Einschneiden und Kürzen in kleineren Einkommensgruppen und reden gerade zum Beispiel in den zwölf Punkten der FDP davon, dass man den Soli für die obersten fünf Prozent der Einkommen abschaffen will. Und wir reden von Schuldenfreiheit; wir reden aber nicht davon, dass diese Schuldenfreiheit bedeutet, wir investieren nicht in Infrastruktur, wir investieren nicht in Forschung und Entwicklung. Gerade ist gesagt worden, wir tun auch zu wenig für den globalen Süden, wo sich China und Russland heute Terrain erwirbt, und das sind Dinge, die am Ende, wenn sie mit Krediten finanziert werden – es geht ja nicht darum, dass Kredite was Schönes sind, aber dass es gerechter ist,

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

alle, die davon profitieren, auch in der Zukunft daran zu beteiligen und vielleicht sogar die Spielräume, die sich dadurch gewinnen lassen, heute zu nutzen, um punktuell die Steuern da zu senken, wo Menschen am stärksten betroffen sind. Das ist aber nicht in den obersten Einkommenskategorien, sondern eher in der unteren Mitte und in der Mitte.

Küpper: Sie sagen, es geht nur darum, wie wir darüber sprechen? Olaf Scholz selber hat am Wochenende auch noch mal dem Eindruck widersprochen, dass zu wenig investiert werde. „Wir haben ein Rekordniveau bei den Investitionen im Bundeshaushalt“, das hat der Kanzler gesagt. Dazu käme noch das Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds. Und noch ein Zitat: „Wenn man das alles zusammenrechnet, was da drinsteckt, dann würde das in anderen Zeiten als Konjunkturprogramm durchgehen.“

Walter-Borjans: Na ja. Ich sage mal, ich empfinde es auch so, dass man unter dem Druck einer Diskussion, die, wie ich finde, von der Seite insbesondere jetzt noch mal auch über diese zwölf Punkte der FDP auf eine sehr ideologische Seite von der anderen Sichtweise geführt wird, dass man da immer versucht deutlichzumachen, ja, natürlich geht es darum, zu sparen. Und es ist ja auch richtig: Wir sollten alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Es ist nicht so, dass alles, was ausgegeben wird, richtig ist. Aber dass wir gleichzeitig damit Weichen stellen, Ausgaben da, wo sie dringend nötig sind – und das geht weit über den Verteidigungshaushalt hinaus; wer mal mit der Bahn von Köln nach Berlin fährt, der weiß, wovon ich rede. Wir müssen in die öffentliche Infrastruktur investieren. Wir sind bei Forschung und Entwicklung nicht an der Spitze. Wenn man sich anguckt, was da nicht nur von Ländern mit autokratischen Führungen wie etwa China investiert wird, sondern auch in den USA, dann sind wir dabei, dass wir hier nicht eine Wirtschaftswende machen, sondern dass wir mit dieser Festlegung auf eine Schuldenbremse eher ein Wirtschaftsende in Aussicht nehmen. Und ich würde darüber mal nachdenken, dass man sich nicht einmauert in bestimmten Begriffen und damit wirklich die Handlungsfähigkeit der Politik beschränkt.

Küpper: Aber, wenn ich Sie richtig verstehe, dann plädieren Sie jetzt dafür, die Schuldenbremse einfach so zu nutzen, damit auch diese Notlagen-Konstruktion, Mechanismus, wie man es auch immer letztendlich nennen mag, zu nutzen und nicht grundsätzlich eine Verfassungsänderung anzustreben?

Walter-Borjans: Doch, auf jeden Fall. Aber da wissen wir ja, wie die Aktien stehen. Wir sind im Augenblick an einem Punkt, wo man mit der FDP darüber nicht reden kann, wo man auch nicht davon ausgehen kann, dass selbst wenn die Ampel es machen wollte die CDU ...

Küpper: Die Regierung ist an der Stelle blockiert?

Walter-Borjans: Ja, aber auch durch die Opposition, weil Sie brauchen ja dann eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag. Aber das ist ja mittlerweile, ...

Küpper: Aber die CDU-Ministerpräsidenten erwägen ja auch ...

Walter-Borjans: Ja. Das ist ja auch sehr interessant. Sie liegen ja auch richtig, weil die Länder sind ja noch härter von dieser falschen Schuldenbremse betroffen als der Bund. Und ich

sage auch nicht, wir brauchen keine Regel, sondern wir haben im Moment uns auf eine Regel verständigt im Jahr 2009, die jetzt gilt, die, wie wir jetzt sehen, Investitionen in die Zukunft blockiert. Wir kommen davon im Moment aber nicht runter. Also – und das haben wir ja erlebt – werden Hintertüren gesucht, um die Barrikade, die auf der Hauptstraße liegt sozusagen, nicht wegzuräumen, sondern zu umgehen. Das kann für bestimmte Dinge sogar sinnvoll sein, aber wenn man es macht, wie im vergangenen Jahr mit der Umwandlung von Corona-Hilfen für eine andere Verwendung, dann sagt das Bundesverfassungsgericht, dass das so nicht geht. Was man machen kann, ist jetzt, dass man nicht die Schuldenbremse umgeht, sondern dass man die Möglichkeiten der Schuldenbremse ausschöpft. Das ist zum einen die Notlage. Das ist die Berechnung der sogenannten Konjunkturkomponente, die mehr Möglichkeiten bietet, Kredite für den konjunkturellen Anschlag aufzunehmen. Da liegen eine Menge Möglichkeiten, aber auch da muss man bereit sein, darüber zu reden, und nicht einfach zu sagen, jede Form von Kredit ist falsch.

Küpper: Würden Sie Ihrer Partei raten, Gespräche zu suchen im Interesse des Landes mit den beispielsweise CDU-Ministerpräsidenten, um dann nach dem CDU-Parteitag im Mai irgendwann da vielleicht weiterzukommen?

Walter-Borjans: Ich würde meine Partei ermutigen – und es sind ja einige in der Partei, die gerade sich auch mit dem Schwerpunkt Finanzen beschäftigen, etwa Michael Schrodi, der Sprecher für Haushalt und Finanzen, und andere -, dass man diese Haltung, die wir in der SPD haben, wirklich auch deutlich macht und dass man nicht aus Sorge, dass man das nicht durchbekommt, schon gar nicht mehr darüber redet. Ich glaube, dass die Grundlage der SPD da ist. Sie kommt auch bei denen, die betroffen sind. Das gilt egal von welcher Partei für die Länder. Das gilt egal von welcher Partei für die Kommunen. Und wir sollten da wirklich diejenigen, die was davon verstehen und die unmittelbar davon betroffen sind, zusammenholen und sagen, Leute, macht Druck auf eure jeweiligen Spitzen, damit wir da zu einem vernünftigen Weg kommen, weil das Potenzial in Deutschland ist da. Was die FDP zum Beispiel jetzt gerade daraus macht, ist eine Einengung, mit der wir nicht weiterkommen.

Küpper: Auch, wenn diese Debatte dann, wenn Sie sagen, diese Schritte, die man geht, würde vielleicht die Ampel-Koalition, dessen Mitarchitekt Sie ja sind, potenziell gefährden?

Walter-Borjans: Na ja. Wir sehen ja immer wieder, dass auf Parteitag und außerhalb Positionen bezogen werden, die nicht schon der Kompromiss sind, und dafür habe ich im Übrigen immer auch geworben. Ich habe auch als Vorsitzender der SPD immer gesagt, wir dürfen nicht aus der Koalition heraus, damals aus der Großen Koalition heraus argumentieren, sondern wir müssen sagen, was wir als SPD wollen, und dann in die Koalition gehen und da auch Kompromisse machen. Insofern geht es jetzt nicht darum, immer sofort vom Sprengsatz zu reden. Dass die FDP einen Parteitag macht und dass sie da Positionen bezieht, ist in Ordnung, aber wenn sie darauf beharren würde, und die anderen würden es auch machen, dann sieht man, dass wir nicht weiterkommen. Und ich glaube, als Kompromissformel würde sich das, was auf diesem Parteitag der FDP beschlossen worden ist, sicher nicht anbieten.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*